



Info 13 | 2008

vpod  ssp

# Nein zu willkürlichen Kündigungen

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrates will vor einer erneuten Revision eine "Erfolgsbilanz des Bundespersonalgesetzes (BPG)" erstellen. Doch Bundesrat Merz hält stur an der Revision fest. Die Gewerkschaften kämpfen gegen den geplanten Abbau der Anstellungssicherheit. Sie lassen sich von Bundesrat Merz nicht erpressen.

Die GPK beschliesst nun, was die Personalverbände schon lange fordern: Angesichts der stetig sinkenden Arbeitszufriedenheit soll abgeklärt werden, ob das BPG wirklich das Problem ist, oder vielleicht auch etwas anderes. Bundesrat Merz hält jedoch an seinem rein ideologisch motivierten Revisions-Projekt fest und es in die Vernehmlassung schicken.

Am Entwurf für die Vernehmlassung kritisieren die Gewerkschaften v.a. folgende Punkte:

- Auch unsachliche und missbräuchliche Kündigungen sollen gültig bleiben – der Bund müsste nur eine Entschädigung zahlen.
- Die präzisen Kündigungsgründe sollen durch eine Gummibestimmung ersetzt werden.
- Die Treuepflicht wird auf die Treue gegenüber dem Vorgesetzten reduziert. Bund, Gesetzgeber und Öffentlichkeit zählen nicht mehr.
- Die Kündigungsfrist wird gesenkt – z.B. würde für einen Zöllner nach 30 Jahren beim Bund eine Kündigungsfrist von 3 Monaten gelten.

## VPOD, garaNto und PVB lassen sich von Bundesrat Merz nicht erpressen

Bundesrat Merz hat an der letzten Verhandlungsrunde laut darüber nachgedacht, VPOD, garaNto und PVB – also mitgliedermässig die "Mehrheitsverbände" – von Verhandlungen und Gesprächen auszuschliessen. Er verlangt, dass wir die gemeinsame Absichtserklärung für die Legislatur unterschreiben. Ohne klare Eckwerte zum wichtigsten Projekt der Legislatur – zur Revision des BPG – sind wir dazu nicht bereit. Bundesrat Merz selber stellt die Idee der Sozialpartnerschaft in Frage, indem er die Verschlechterungen bei der Anstellungssicherheit als nicht verhandelbar erklärt. Kompromisslos will er die BPG-Revision durchziehen. Immerhin zieht er seine Drohung zurück und will uns nicht von Verhandlungen ausschliessen.

## Aktion blaue Briefe an Bundesrat Merz

Die Gewerkschaften wehren sich nun mit einer Kampagne gegen willkürliche Kündigungen. Eine erste Aktion dazu sind die blauen Briefe an Bundesrat Merz. Mehr dazu auf [www.sos-bundespersonal.ch](http://www.sos-bundespersonal.ch).

Der VPOD setzt sich ein gegen hire and fire beim Bund und berät auch im Einzelfall. Jetzt Mitglied werden: [www.sos-bundespersonal.ch](http://www.sos-bundespersonal.ch), Tel. 031 371 67 45.